Telefon (089) 53 06-410
politik@merkur-online.de
Telefax: (089) 53 06-86 57

DONNERSTAGSKOLUMNE

Briefwechsel

zwischen
Peter Gauweiler und Christian Ude

Warum ist uns wurscht, was Target2 für GIPS tut?

Christian Ude (SPD) und Peter Gauweiler (CSU) liefern sich jeden Donnerstag an dieser Stelle einen Schlagabtausch. Heute: Christian Ude.

Lieber Peter,
vielen Dank für Deinen österlichen Gruß: „Wir haben eine neue Chance! Immer wieder!" Das unterschied sich wohltuend vom endzeitlichen Gejammer, das zur Zeit so groß in Mode ist.

Ich sitze hier im verpönten Griechenland und komme bei zahlreichen Regentagen („Warum in die Ferne schweifen...") endlich dazu, Texte zu lesen, die mir auf Anhieb bedeutsam erschienen, für die im hektischen Berufsalltag aber nicht genug Zeit und Muße vorhanden war. Einen hast Du selbst schon hier zitiert: Den Aufsatz des Münchner Ökonomen Hans-Werner Sinn über Europas Rettungsschirme.

Auch wenn man früher nicht immer seiner Meinung war, sind die gelieferten Fakten doch erdrückend: Die europäischen Haftungssummen addieren sich alle zusammen auf stolze 1542 Milliarden Euro, 391 Milliarden davon treffen Deutschland. Über eine Zeile bin ich recht hilflos gestolpert: Allein die Target2-Kredite für die GIPS-Staaten belasten Deutschland mit einem Risiko von 114 Milliarden. Wer war denn gleich wieder die Target2, fragt sich da selbst der gut informierte Zeitungsleser. Nun, Target2 steht für das zweite Trans-european Automated Real-time Gross settlement Express Transfer system, wobei die Großschreibung die Abkürzung ergibt, was uns aber auch nicht weiterhilft. Aber wir haften für 114 Milliarden und verstehen nur Bahnhof. Bei ELA, der Emergency Liquidity Assistance, sind wir übrigens mit 22 Milliarden dabei. Fast nostalgisch denke ich an die Verhandlungen zurück, wenn wir für Deutschlands Kommunen mit dem Bund um einzelne Milliarden für so läppische Dinge wie die Kinderbetreuung oder die energetische Sanierung gerungen haben. Ich fürchte, dass Du Recht hast mit Deiner Einschätzung, dass die größte Politikverdrossenheit derzeit – noch unmerklich – auf europäischer Ebene angehäuft wird.

Das bestätigt auch der zweite Text, der mich zur Zeit umtreibt. Wiederum in der SZ, wiederum von einem Professor: Jürgen Habermas analysierte, wie die schnelle Abfolge von Finanz-, Schulden- und Eurokrise die Fehlkonstruktion eines riesigen Wirtschafts- und Währungsraums ohne gemeinsame Wirtschaftspolitik offenlegte und die Regierungschefs mit ihrer Vereinbarung zu einer bestimmten Steuer- und Lohnpolitik, aber auch Gesundheits-, Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik die „eigentlich zuständigen" nationalen Parlamente ausgehebelt und zu „Abnickgremien" gemacht haben. Bis dahin deckt sich dies mit Deinen Analysen, die schon oft genug die Auszehrung nationaler Parlamentszuständigkeit durch europäische Anmaßungen beklagt haben. Habermas zieht aber einen anderen Schluss (wen wundert's?): Er fordert für Europa ein „ordentliches Gesetzgebungsverfahren", das die Zustimmung von Rat und Parlament enthält. Habermas wörtlich: „Nur im Blick auf das von ihnen gewählte, nach Parteien und nicht nach Nationen zusammengesetzte Parlament in Straßburg könnten die europäischen Bürger Aufgaben der wirtschaftspolitischen Steuerung als gemeinsam zu bewältigende Aufgaben wahrnehmen". Und weiter: „Auch die europäische Union wird keinen demokratischen Charakter annehmen können, solange es die politischen Parteien ängstlich vermeiden, Alternativen zu Entscheidungen von großer Tragweite überhaupt zum Thema zu machen". Und er hofft: „Für die eine oder andere politische Partei könnte es sich doch lohnen, die Ärmel hochzukrempeln, um offensiv auf den Marktplätzen für die europäische Einigung zu kämpfen".

Warum nur werden die gigantischen Risiken und Chancen Europas von der politischen Klasse einfach unter den Teppich gekehrt, mit einem Schweigegelübde belegt, bis uns beim nächsten Europa-Wahlkampf wieder die Füße einschlafen, obwohl hier Schicksalhaftes entschieden – oder bloß versäumt wird.

Wenn es wahr ist, dass 80 Prozent der Regelungen, die unser Wirtschaften und Leben im Alltag bestimmen, auf europäischer Ebene getroffen oder zumindest vorherbestimmt werden, und wenn es weiterhin wahr ist, dass unser finanzielles Engagement „für Europa" bereits unser Vorstellungsvermögen übersteigt, müsste doch „Europa" ein zentrales Thema des Diskurses sein, den wir nicht einigen brillanten Professoren überlassen dürfen, so wichtig ihre Impulse auch sind; sie selbst fordern ja, dass sich die Öffentlichkeit endlich dieses Themas annimmt.

Der letzte SPIEGEL berichtet übrigens über einen nahezu kontinentalen Siegeszug der Euro- und Europa-Skeptiker rechtspopulistischer Prägung. Es ist also in Wahrheit „allerhöchste Eisenbahn", dass die demokratischen Parteien hier Alternativen aufzeigen und mit Leidenschaft diskutieren, statt einfach auf Desinteresse („Was geht mich Target2 an") oder political correctness („Gegen Europa darfst Du nichts sagen") zu setzen. Das Thema ist doch wirklich wichtig genug, und es gibt zur derzeit praktizierten Expertokratie im Zahlenrausch doch durchaus diskussionswürdige Alternativen, nicht nur Deine Rückkehrsehnsucht zum Nationalstaat „vor Lissabon", sondern auch die Habermas-Vision von einem politisch entscheidenden Europa-Parlament, bei dessen Wahl die politischen Parteien unterschiedliche Programmatiken anbieten – und damit die Bevölkerung darüber entscheiden lassen, wie sie sich Europa wünscht und auf diesem Kontinent leben will.

Mit herzlichen Grüßen
Dein Christian

PS. Wer unsere Biographien verfolgt hat, wird nächste Woche nicht ohne Schmunzeln zur Kenntnis nehmen, dass ich im Deutschen Städtetag als Erstes die Gauweiler-Initiative einbringen werde, das Hilfsprogramm für den Aufbau demokratischer Kommunen in Nordafrika in enger Zusammenarbeit mit dem Goethe-Institut auszubauen. Danke für die Anregungen!